ıe Zustimmung für Hauptschule Bodenheim-Nackenheim

. Bodenheim. — Die hauptschulpflichtigen Schüler der Gemeinde Bodenheim kön- ırerst an der Verbesserung der schulischen Ausbildung in einer Hauptschule nicht teil- Ein Antrag der CDU-Fraktion auf Bildung eines Schulverbandes zum Zwecke der ıtung einer Hauptschule Bodenheim - Nackenheim, wobei das Land aufgefordert wurde, lgekosten zu übernehmen, fand nur 10 Ja-Stimmen (CDU, FWG Kiesewetter, Bürger- r Schaub) und 10 Nein-Stimmen (SPD), so daß dieser Antrag nach der Gemeindeord- als abgelehnt gilt, obwohl vorher Oberregierungsrat Schönfeld von der Bezirksregie- Neustadt darauf hingewiesen hatte, daß nur dieser Antrag zur Bildung einer Haupt- führen könne, da der SPD-Antrag auf Bildung einer Hauptschule Bodenheim-Nak- m die gesetzlich geforderte Schulträgerschaft nicht enthalte. Der SPD-Antrag wurde Ja-Stimmen (SPD) unnd 10 Nein-Stimmen (CDU, FWG Kiesewetter, Bürgermeister) ebenso abgelehnt.

ıeister Schaub konnte zu der Ratssit- ıregierungsrat Schönfeld von der Be- ıung Neustadt, Schulrat Kissinger, die ister Göth, Gau-Bischofsheim und r, Harxheim, begrüßen. — Oberregie- Schönfeld bemerkte, daß wegen der verhältnisse in Bodenheim und in m vorerst nur eine dislozierte Haupt- ildet werden könne. Dies bedeute, daß n 5 und 6 in Bodenheim und die Klassen ckennheim unterrichtet werden sollten. nen die Hauptschüler aus Harxheim, ofsh n und Lörzweiler. Diese Haupt- le - oder vierzügig geführt wer- er gleichzeitig feststellte, daß Grund- ünftig nur noch mindestens einzügig en. Das Gesetz zur Bildung der Haupt- ıl vorhanden und in Rheinland-Pfalz vom Gesetz geforderten Hauptschu- Prozent gebildet. Bis zur Bildung der emeinden, die künftig Träger der len seien, müßten Schulverbände ge- den.

ulrat Kissinger wurde darauf hinge- ß für die Hauptschulen die Lehrpläne bereits existent seien und die Junglehrer bereits für den Unterricht in diesen Schulen ausgebildet würden. Bei der Hauptschule belaufe sich die Lehrerzahl auf 1,3 und der anderen Schulen auf 1,0, was als Fortschritt zu bezeichnen wäre. Die Hauptschule Bodenheim - Nackenheim könne ab 1. August 1970 mit dem Unterricht beginnen, zumal die Lehrkräfte zur Verfügung stehen würden.

DIE DEBATTE

Hock (CDU) bejahte die Hauptschule und wollte die Kostenfrage geklärt haben. Herr (CDU) wollte Experimente mit den Schülern nicht haben. Metz (SPD) bezeichnete die Hauptschule als einen Fortschritt für die Ausbildung, wobei ihn die Bildung des Schulverbandes störe, zumal keine Richtlinienn vorhanden seien (was von Oberregierungsrat Schönfeld widerlegt wurde). Keller (SPD) war der Auffassung, daß die Lehrkräfte nicht vorhanden seien, zumal diese für ein Jahr zur weiteren Ausbildung abgezogen würden (Schulrat Kissinger erwiderte, daß dies nicht der Fall sei, da die Junglehrer von der EWH ausgebildet entlassen würden). Hock (CDU) wollte kein Politikum in dieser für die Ausbildung der Kinder wichtigen Frage und meinte, daß nur mit den CDU-Stimmen eine Verfassungsänderung im Landtag möglich sei. Kögler (SPD) wollte wissen, ob nach 1975 die Räume ausreichen würden, während Beigeordneter Kühl (SPD) sich gegen einen Schulverband aussprach. Aschoff (SPD) fand noch zu viele offene Fragen, und Hock (CDU) legte für die Reformen und für den Landkreis Mainz-Bingen ein Bekenntnis ab. Beigeordneter Kühl (SPD) meinte, daß Lörzweiler sich noch nicht klar entschieden habe, während Kappel (SPD) schon von einer Neuplanung für 1972 sprach, worauf Oberregierungsrat Schönfeld erwiderte, daß es auf die Dauer keine zwei Schulsitze für die Hauptschule geben könne, während Hock (CDU) meinte, daß in zwei Gemeinden keine Schulzentren geschaffen werden könnten.

Ihren Höhepunkt erreichte die Debatte dann, als Beigeordneter Kasper (SPD) feststellte, daß die SPD-Fraktion einstimmig der Meinung sei, daß ein Anschluß an die Landeshauptstadt Mainz und damit eine Eingemeindung für Bodenheim günstiger sei. Deswegen müsse der Schulanschluß nach Mainz erfolgen. Kasper wörtlich: „Die Verbandsgemeindevorstellung von Regierungspräsident Keller ist ein Arbeitspapier und sonst nichts."

Bürgermeister Schaub dankte Kasper, daß er offen die Karten auf den Tisch gelegt habe und bezeichnete es als die pflichtgemäße Aufgabe eines Bürgermeisters, alles für das Wohl der Gemeinde zu tun, und dazu gehöre deren Selbständigkeit. Eine Eingemeindung nach Mainz halte er nicht für notwendig, zumal die Verbandsgemeinde rationeller arbeite.

Nach einer von der CDU-Fraktion beantragten Sitzungsunterbrechung bezeichnete Hock (CDU) die Kellerstudie zur Verbandsgemeindebildung als richtig, da sie den Anliegen der Gemeinde Rechnung trage und sprach sich für die Erhaltung des Landkreises Mainz-Bingen aus. Im Interesse der schulpflichtigen Kinder der Gemeinde und ihrer besseren Ausbildung beantragte er die Einrichtung der gewünschten Hauptschule einschließlich der Bildung des Schulverbandes. — Kiesewetter (FWG) schloß sich diesen Ausführungen an und sagte, daß alles getan werden müsse, um den Bodenheimer Kindern ab 1. August 1970 die bestmögliche Ausbildung zu ermöglichen und lehnte eine Eingemeindung zu Mainz energisch ab. Anschließend kam es dann zu den Abstimmungen. Danach erklärte Oberregierungsrat Schönfeld, daß die Hauptschule zum 1. August 1970 nicht eingerichtet werden könne, während Bürgermeister Schaub resigniert feststellte, daß man geglaubt habe, den Kindern zu dienen.